

EVG unterstützt Bürgerinitiative

Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Schienenverkehr

Rheingau. (rf) – Die Forderung nach mehr Lärmschutz für die Schiene stand im Mittelpunkt einer Tagung der Eisenbahner- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Potsdam. Der Vorsitzende der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn, Willi Pusch aus Kamp-Bornhofen, referierte vor mehr als 100 Teilnehmern, darunter auch Gewerkschaftsvertreter aus Russland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden.

An der Podiumsdiskussion nahmen Ines Jahnel – Lärmschutzbeauftragte der DB AG, Dr. Jens Klocksinn Bundesministerium für Verkehr; Ressorts Umweltpolitik und Infrastruktur/Lärm Michael Jäcker-Cüppers – DEGA/Deutsche Gesellschaft für Akustik, Alexander Kirchner – Vorsitzender EVG teil. Pusch berichtete den Teilnehmern über die Lärm- und Erschütterungsproblematik im Rheintal durch den Schienengüterverkehr. Er wies darauf hin, dass diese mehr als 150 Jahre alte Strecke für den stark anwachsenden Schienenverkehrs nicht geeignet ist und dass sich die Lärmbelastung nach der Öffnung der St. Gotthard-Basistunnels im Jahre 2016 nochmals verschärfen werde.

Pusch ist über die unerwartete Unterstützung durch die EVG erfreut. Die Gewerkschaft verabschiedete eine Acht-Punkte-Resolution und ruff ihre örtlichen Vertreter dazu auf, die Bürgerinitiative zu unterstützen. Auch die Gewerkschafter aus den Niederlanden, Frankreich und Österreich wollen sich mit der Bürgerinitiative vernetzen und Informationen austauschen. In der Resolution zur Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Schienenverkehr heißt es unter anderem:

- Die EVG fordert mehr Geld für den nachhaltigen Lärmschutz. Das Lärmsanierungsprogramm des Bundes muss ausgeweitet werden. Bislang gilt dies nur für Lärmschutzmaßnahmen an Bundesschienenwegen; künftig muss auch der Lärmschutz an Fahrzeugen in das Programm einbezogen werden. Die dafür nötigen Bundesmit-

tel müssen nicht nur verstetigt, sondern deutlich erhöht werden. Mögliche Fördermittel der EU für die Transeuropäischen Netze sind ebenfalls in Anspruch zu nehmen.

- Die EVG setzt sich für eine europäische Lösung der Lärmprobleme ein.
- Die EVG fordert kurzfristige Maßnahmen zum Schutz vor Schienenlärm. Das vorgesehene lärmabhängige Trassenpreissystem bringe für die Anwohner hochbelasteter Strecken nur langfristig Linderung. Nötig seien kurzfristig wirksam werdende Maßnahmen wie Absorber an den Rädern der Waggons, niedrige aber effektive Lärmschutzwände oder das häufige Schleifen der Schienen. Der Einbau leiser Bremsbeläge dürfte nicht zu Mehrkosten und damit Wettbewerbsverzerrungen der Eisenbahnverkehrsunternehmen führen, sondern müsse entsprechend gefördert werden. Angesichts der enormen gesundheitlichen Belastungen, die von Lärm ausgehen, fordert die EVG ein Verbot von Güterzügen mit Graugussbremsen ab 2020.
- Die EVG fordert den Bau von Alternativstrecken und erwartet, dass die hierfür nötigen Mittel in der 2015 anstehenden Revision des Bundesverkehrswegeplans berücksichtigt werden.
- Die EVG fordert die Vereinfachung des Planungsrechts.
- Die EVG fordert eine Personalaufstockung beim Eisenbahnbundesamt, um die notwendigen Maßnahmen zu beschleunigen.
- Die EVG fordert einen Ausgleich für den Wegfall des Schienenbonus. Als Ersatz müsse das Lärmsanierungsprogramm für die Schiene deutlich aufgestockt werden.
- Die EVG fordert, Forschung und Entwicklung in allen Bereichen rund um die Schiene voranzutreiben. Nur mit einer Vielzahl an Maßnahmen kann es gelingen, Lärm möglichst schnell auf ein erträgliches Maß zu reduzieren und so Gesundheit, Umwelt und Arbeitsplätze zu schützen.